



Protokollauszug  
zum GEMEINDERAT

am Mittwoch, 06.12.2023, 17:00 Uhr, Kulturzentrum, Großer Saal

**ÖFFENTLICH**

TOP 1	Haushaltsplan 2024 und Finanzplanung mit Investitionsprogramm 2023-2027 - Beratung und Entscheidung über Anträge zum Haushaltsplan	Vorl.Nr. 306/23
-------	---------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------	-----------------

---

TOP 1.1.1	Finanzierungsvorschlag der Verwaltung anstelle Grundsteuererhöhung
-----------	--------------------------------------------------------------------

---

**Beschluss:**

Dem in der Präsentation (vgl. Anlage zum Protokoll) vorgestellten Finanzierungsvorschlag wird zugestimmt.

**Abstimmungsergebnis:**

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 25 Ja-Stimmen, 11 Nein-Stimmen und 1 Enthaltung mehrheitlich gefasst.

Nicht anwesend: Stadtrat Bauer  
Stadtrat Dogan  
Stadtrat Lutz  
Stadträtin Seyfang

**Beratungsverlauf:**

OBM **Dr. Knecht** begrüßt die Anwesenden und teilt mit, die gestrige Sitzung werde heute fortgesetzt.

Anhand einer Präsentation (vgl. Anlage zum Protokoll) fasst der **Leiter** des Fachbereichs Finanzen die Beschlüsse des Vortags zusammen und zeigt zusammenfassend den aktuellen Zwischenstand des Haushaltsplanentwurfs 2024 auf. Aufgrund der am Vortag gefassten Beschlüsse habe sich das Ergebnis im Finanzplanungszeitraum um über 22 Mio. Euro verschlechtert.

Anstelle der gestern abgelehnten Grundsteuererhöhung schlage die Verwaltung vor,

die Haushaltansätze bei den Personalkosten um 200.000 Euro, bei der Unterhaltung von Sportanlagen um 260.000 Euro und bei der Gebäudeunterhaltung um 200.000 Euro für das kommende Jahr zu reduzieren, insgesamt 660.000 Euro.

OBM **Dr. Knecht** geht auf den Verwaltungsvorschlag ein. Die Überlegung, die Dividende der WBL zu betrachten, habe man verworfen, da dies wohnungs- und sozialpolitisch das falsche Zeichen sei. Der Antrag der Freien Wähler hierzu werde an anderer Stelle beraten.

EBMin **Schmetz** geht auf den Unterhalt der Sportanlagen ein. Im kommenden Jahr werde die jährliche Sanierung eines Kunstrasenplatzes entfallen.

BMin **Schwarz** informiert zur Gebäudeunterhaltung. Schönheitsreparaturen werden teilweise nicht umgesetzt, um die Kosten einzusparen.

Die notwendigen weiteren Einsparungen im Personalbereich seien schmerzlich, so die **Leiterin** des Fachbereiches Organisation und Personal.

Das Konsolidierungsziel liege weiterhin bei 15 Millionen Euro, so OBM **Dr. Knecht**. Er geht auf WIN LB ein. Die Verwaltung bemühe sich um Modernisierung, Digitalisierung, Einsparungen, Aufgabenkritik und auch Ertragsverbesserungen. Die Themen Steuererhöhungen und andere Ertragsarten werden spätestens in die Diskussion zum Haushaltsjahr 2025 einfließen, betont er deutlich. Nur mit internen Einsparungen werde man die Summe von 15 Millionen nicht erreichen, merkt er unter anderem zu den gestrigen Beschlussfassungen an. Er eröffnet die Aussprache.

Die Kompensation reiche für die fehlenden Einnahmen aus einer Grundsteuererhöhung nicht aus, merkt Stadtrat **Sorg** an und werde die Sportlandschaft, der Verschleiß der Gebäude und das Personal treffen. Langfristig werden diese Einsparungen zu Mehrkosten führen, prophezeit er.

Stadtrat **Herrmann** signalisiert die Zustimmung. Seine Fraktion wolle keine Erhöhung der Grund- und Gewerbesteuer und eine Kompensation sei möglich. Der Gemeinderat entscheide über den Haushalt, betont er.

Stadtrat **Weiss** merkt an, dass seine Fraktion anderweitige Gegenfinanzierungen, wie die Dividende der WBL und Zuschüsse zum Funktionsgebäude, vorgeschlagen habe. Es sei bei der gestrigen Diskussion nicht genannt worden, dass die Hebesätze bis 2027 unverändert bleiben. Seine Fraktion gehe dennoch mit dem Verwaltungsvorschlag mit, soweit vertretbar. Insbesondere müsse bei den Personalkosten eingespart werden.

Stadträtin **Liepins** wird dem Vorschlag ebenso zustimmen. Sie merkt an, dass die fehlenden Einnahmen aus der Gewerbesteuererhöhung ebenso diskutiert werden müssen. Die Einsparungen werte sie lediglich als eine Verschiebung und keine Einsparung.

Stadtrat **Haag** geht auf die letztjährigen Gewerbesteuermehrereinnahmen ein. Ohne diese hätten weitaus größere Konsolidierungsschritte gemacht werden müssen. Seine Fraktion habe zusätzliche Sparvorschläge gemacht.

Stadtrat **Müller** dankt für den Verwaltungsvorschlag. Die Auswirkungen bei den Personaleinsparungen können nur erahnt werden, unter anderem bei der Aufgabenerfüllung. Der Verzicht bei den Schönheitsreparaturen müsse sorgsam betrachtet werden.

Stadträtin **Kainz** hofft auf die Ergebnisse durch WIN LB. Sie lobt die gute und konstruktive Arbeit der Verwaltung.

Man ringe um Einnahmen, sagt OBM **Dr. Knecht** hinsichtlich der gestrigen Beschlussfassungen. Im Laufe des Jahres 2024 werden erste Vorschläge aus WIN LB einfließen. Für den Unterhalt von Sportanlagen greife man auf konsumtive Mittel zurück. Das Funktionsgebäude müsse aus investiven Mitteln finanziert werden. Hierzu suche man mit den Vereinen nach einer guten Lösung.

BM **Mannl** geht auf die investiven Mittel ein, diese Projekte können teilweise geschoben werden. Eine Einsparung von 15 Millionen aus dem laufenden Geschäft sei eine große Herausforderung und nicht steigerbar. In der Modernisierung sehe man Möglichkeiten. Der Rest gehe in Richtung konsumtive Mittel, Zuschüsse und sonstigen Dienstleistungen. Die Mindereinnahmen für dieses Jahr müssen durch Kredite aufgefangen werden. Die Einnahmenseite müsse diskutiert werden, um langfristig ein attraktiver Standort zu bleiben.

Stadträtin **Steinwand-Hebenstreit** bittet um Stellungnahme des Personalratsvorsitzenden zu den Personalkosteneinsparungen.

Der **Personalratsvorsitzende** verweist auf seine abgegebene schriftliche Stellungnahme.

Man stehe in enger Abstimmung und im guten Austausch mit dem Personalrat, ergänzt die **Leiterin** des Fachbereiches Organisation und Personal. Die hohe Erwartungshaltung hinsichtlich der Ablaufoptimierung und dem Stellenabbau löse Ängste und Befürchtungen bei den Mitarbeitenden aus und müssen ernst genommen werden. Der Prozess müsse auch dahingehend begleitet und gecoacht werden. Zudem seien viele Stellen vakant und manche Bereiche überlastet. Persönlich sehe sie WIN LB als Chance. Die Mitarbeitenden werden mitgenommen. Für die Aufgabenkritik sei der Gemeinderat gefordert. Man wolle weiterhin ein attraktiver Arbeitgeber bleiben.

OBM **Dr. Knecht** geht auf Sanierung des Kunstrasenplatzes ein, die nicht zwingend im Jahre 2024 erfolgen müsse. Der Trainingsbetrieb werde dadurch nicht eingeschränkt.

Die **Vorsitzende** des Stadtverbandes für Sport geht auf die Unterhaltung der Sportanlagen ein. Kürzungen in diesem Bereich fallen schwer. Die Anträge basieren auf der Erhaltung der Anlagen, um unter anderem Gefahren für die Sportlerinnen und Sportler auszuschließen. Hinsichtlich der Verantwortbarkeit müssen Gespräche geführt werden.

Nach dieser Aussprache lässt OBM **Dr. Knecht** über den Verwaltungsvorschlag abstimmen.

**Abstimmungsergebnis:**

Es findet keine Abstimmung statt.

**Beratungsverlauf:**

BM **Mannl** führt in das Thema ein. Unstrittig sei der Stellplatzbedarf für Radfahranlagen am Gymnasium vorhanden. Für 2024 seien weitere 220 Radfahrstellplätze ohnehin vorgesehen. Der Bedarf könne erfüllt und auf die Wegnahme von Autostellplätzen verzichtet werden. Eine gesonderte Finanzierung sei nicht nötig. Eine vollumfängliche Überdachung sei aufgrund der Innenstadtsituation und Baumschutz sowie Denkmalschutz nicht möglich. Hier wolle man eher zurückhaltend vorgehen.

Stadtrat **Dr. O'Sullivan** erläutert für die antragstellende SPD-Fraktion den Antrag, basierend auf dem Antrag des Jugendgemeinderates. Er spricht die Krähenproblematik an. Die Beratung könne im Ausschuss erfolgen.

BM **Mannl** geht auf das Krähenproblem ein. Ein intensiver Baumrückschnitt, im Rahmen des Artenschutzes, sei bereits erfolgt. Im Ausschuss könne hierüber informiert werden.

Mit den Schulen und der ARGE Campus stehe man im Austausch, ergänzt EBMIn **Schmetz**.

Nach dieser Aussprache teilt OBM **Dr. Knecht** mit, dass der Jugendgemeinderat auf seinen Antrag Vorlage Nr. 059/22 bis spätestens 31.01.2024 eine Rückmeldung erhalte. Bis zum 31.05.2024 werde zunächst beobachtet, wie sich die Krähenpopulation aufgrund des Baumrückschnitts entwickelt und welche Maßnahmen ggf. dann zu ergreifen seien. Man werde hierzu im Ausschuss berichten.

**Abstimmungsergebnis:**

Es findet keine Abstimmung statt

**Beratungsverlauf:**

EBMin **Schmetz** informiert zur Kontaktstelle Frau und Beruf. Man habe vom Landkreis Rems-Murr, der in die Finanzierung miteingestiegen sei, weitere Fördergelder erhalten. Das Landesprogramm sei beim Wirtschaftsministerium angesiedelt. Sie verweist auf die Informationsvorlage 042/22.

OBM **Dr. Knecht** teilt mit, dass der Antrag an WIN LB verwiesen werden solle.

Stadtrat **Haag** fragt, warum die Stadt ein Drittel der Kosten übernehme. Der städtische Anteil solle verringert werden und man solle mit den weiteren Beteiligten ins Gespräch kommen. Mit dem Verweis an WIN LB könne seine Fraktion mitgehen.

Die Finanzierungsanteile seien historisch gewachsen, merkt EBMin **Schmetz** an. Die Stadt sei der Träger für die Kontaktstelle. Man nehme das Thema in den WIN LB Prozess auf.

Das Gremium und die antragstellende FDP-Fraktion zeigen sich mit dieser Vorgehensweise einverstanden.

**Abstimmungsergebnis:**

Es findet keine Abstimmung statt.

**Beratungsverlauf:**

Man stehe mit zwei Stadtteilbibliotheken in der Vorbereitung, so EBMin **Schmetz**. Zunächst sollen Erfahrungen in diesen Stadtteilbibliotheken gesammelt werden. Sobald wirtschaftlich und organisatorisch möglich, sei die Entwicklung der Innenstadt vorstellbar. Derzeit sehe man diese Möglichkeit jedoch nicht.

Die Antragstellerin, Stadträtin **Kainz**, erläutert den Antrag. Die Einrichtungen seien untergenutzt. Man wolle die Nutzungszeit verdoppeln. Für die Innenstadt wünsche man eine Aufwertung durch einen Treffpunkt ohne Konsumzwang und einer sozialen Kontrolle außerhalb der Ladenöffnungszeiten. Viele Maßnahmen seien bereits

umgesetzt. Ein Zugangskontrollsystem fehle jedoch noch. Hier könne sie sich eine Unterstützung durch die Bürgerstiftung und durch Ehrenamtliche vorstellen. Eine Sonntagsöffnung fördere Bildung und Kultur.

EBMin **Schmetz** erläutert notwendig werdende technische und organisatorische Abläufe sowie Sicherheitsmaßnahmen. Haushaltsneutral könne dies nicht realisiert werden. Über die Erfahrungen aus den Stadtteilbibliotheken werde im Ausschuss berichtet.

TOP 1.5

Inklusion in Kitas - Haushaltsantrag der  
CDU-Fraktion vom 22.11.2023

Vorl.Nr. 364/23

---

#### **Abstimmungsergebnis:**

Es findet keine Abstimmung statt.

#### **Beratungsverlauf:**

EBMin **Schmetz** führt aus, entsprechend dem Antrag werde im Bildungs- und Sozialausschuss im 3. Quartal 2024 berichtet.

Im Namen der antragstellenden CDU-Fraktion erklärt sich Stadtrat **Meyer** mit dieser Vorgehensweise einverstanden.

TOP 1.6

Reduktion Rentenberatung -  
Haushaltsantrag der FDP-Fraktion vom  
22.11.2023

Vorl.Nr. 378/23

---

#### **Abstimmungsergebnis:**

Es findet keine Abstimmung statt.

#### **Beratungsverlauf:**

EBMin **Schmetz** erläutert, die Stadt sei verpflichtet, Rentenanträge entgegenzunehmen. Dies sei ein guter Bürgerservice. Eine eigene Rentenberatung finde nicht statt. Lediglich die Räumlichkeit werde zur Verfügung gestellt.

Im Namen der antragstellenden FDP-Fraktion teilt Stadtrat **Haag** mit, wenn keine Rentenberatung durch die Stadt stattfindet, könne auch keine Personaleinsparungen vorgenommen werden. Dementsprechend habe sich der Antrag erledigt.

**Abstimmungsergebnis:**

Es findet keine Abstimmung statt.

**Beratungsverlauf:**

EBMin **Schmetz** teilt mit, die Verwaltung berichte im 3. Quartal 2024.

Antragstellerin Stadträtin **Kainz** erläutert ihren Antrag und teilt mit, sie präferiere eine zeitnahe Beratung und Information. Es gebe ungenutzte Zeiten in den Sporthallen und den Sportplätzen.

EBMin **Schmetz** erläutert, die Stadtverwaltung habe ein neues digitales Hallenmanagement-Tool im Einsatz. Im 3. Quartal könne über Erfahrungen aus der Probephase berichtet werden. Außerdem sei es notwendig, mit den Vereinen gemeinsam das Belegungsmanagement aufzuarbeiten, da nicht alle Hallen und Plätze in der Verantwortung der Stadtverwaltung stehen.

Das Gremium und die Antragstellerin erklären sich mit dieser Vorgehensweise einverstanden.

**Abstimmungsergebnis:**

Es findet keine Abstimmung statt.

**Beratungsverlauf:**

Im Rahmen von WIN LB werde man dieses Thema angehen, so EBMin **Schmetz**. Mit dem Stadtverband für Sport stehe man zudem im Gespräch zum Thema Nachhaltigkeit.

OBM **Dr. Knecht** schlägt vor, die Anträge Vorlagen Nr. 374/23 und 355/23 (Ziffer 2) im Sachzusammenhang gemeinsam zu beraten.

Die Anträge stehen im Zusammenhang, sagt Stadträtin **Steinwand-Hebenstreit** und geht mit dem Vorschlag einer gemeinsamen Beratung mit. Sie erläutert den Antrag ihrer Fraktion und nennt direkt verbessernde Maßnahmen für den MTV, insbesondere zum Fahrdienst beim Ferienprogramm. Zukünftig sollen an die Förderungen für Kultur und Sport entsprechende Bedingungen zur Nachhaltigkeit und

zu den Klimazielen geknüpft werden, fordert sie.

Stadtrat **Eisele** informiert über die bereits umgesetzten Maßnahmen des MTV zur Nachhaltigkeit und moniert die Aussagen der Vorrednerin.

Stadtrat **Dr. O'Sullivan** geht auf den Antrag seiner Fraktion ein. Zur Überarbeitung der Richtlinien habe er noch keine konkreten inhaltlichen Vorstellungen. Die Kulturförderung habe gegenüber der Sportförderung in den letzten Jahren deutlich mehr gelitten, meint er. Man wolle eine Gleichbehandlung schaffen. Die Diskussion über die Richtlinien solle im Laufe des Jahres stattfinden. Ihm gehe es mehr um die Zuschusshöhe und weniger um die Vorgaben.

Sport und Kultur dürfe nicht gegeneinander ausgespielt werden, sagt Stadtrat **Klotz**. Er geht auf die aufgerufenen Anträge ein. Die Vereine handeln bereits nachhaltig, soweit finanziell darstellbar. Er fragt nach Kontrollmöglichkeiten und weist darauf hin, dass hierdurch wiederum Kosten entstehen werden. Anreize für verantwortungsbewusstes Handeln, nicht Verbote, sollten in den Fokus rücken. Die Vereinsarbeit basiere im Wesentlichen auf ehrenamtlicher Tätigkeit. Verantwortungsvolle Positionen seien immer schwerer zu besetzen. Die Forderungen, unter anderem Erstellung von Mobilitätskonzepten, seien, vor allem von kleinen Vereinen, nicht leistbar und bringen eine Mehrbelastung für das Ehrenamt sowie die Vereine finanziell an ihre Grenzen. Er verweist auf den Antrag Nr. 363/23 seiner Fraktion zum Bürokratieabbau und Stärkung des Ehrenamtes. Dem SPD-Antrag zu Ziffer 1 könne seine Fraktion zustimmen.

Das Ehrenamt müsse unterstützt werden, fordert Stadtrat **Weiss**. Die Prüfung der Sporthallen und Sportplatzbelegung, auch die nichtstädtischen, sei sinnvoll. Die Sportstätten müssen bestmöglich ausgelastet werden.

Die Beratung zu den Förderrichtlinien, mit Einbeziehung von WIN LB, solle im Bildungs- und Sozialausschuss stattfinden, meint OBM **Dr. Knecht**. Die Antragsteller und das Gremium zeigen sich einverstanden.

TOP 1.9                      Investitionszuschüsse an Vereine -  
Haushaltsantrag der SPD-Fraktion vom  
21.11.2023

Vorl.Nr. 355/23

---

### **Beschluss:**

Im Jahr 2024 werden die Investitionszuschüsse an Vereine für das Funktionsgebäude im Sportpark Ost um 300.000 Euro gekürzt.

### **Abstimmungsergebnis:**

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 37 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen einstimmig gefasst.

Nicht anwesend: Stadtrat Bauer  
Stadtrat Dogan  
Stadtrat Lutz  
Stadträtin Seyfang

### **Beratungsverlauf:**

(Zu Ziffer 2 des Antrags vgl. Beratungsverlauf Tagesordnungspunkt 1.32)

OBM **Dr. Knecht** ruft den Antrag Vorlage Nr. 355/23 Ziffer 1 auf.

EBMin **Schmetz** stellt klar, dass die Haushaltsstelle dem Bereich Sport zuzuordnen sei. Die Kita trage den Namen TaTula, die derzeit in Oßweil betrieben werde. Im Antrag gehe es um die Förderung des Funktionsgebäudes und der sportlich genutzten Räume durch die Reisser-Stiftung und den HCL. Die Maßnahme könne nicht so schnell umgesetzt werden, hierzu laufen noch Gespräche. Dies werde im Bildungs- und Sozialausschuss dargelegt.

Derzeit laufe ein Prozess zwischen dem Stadtverband für Sport, Gemeinderat und Stadtverwaltung, fügt OBM **Dr. Knecht** hinzu.

Stadtrat **Dr. O'Sullivan** erläutert für die antragstellende SPD-Fraktion den Antrag. Es gehe nicht um die Kita, jedoch um die Sporträume im Kitagebäude, die der Sportverein nutzen werde. Im Nachgang habe man erkannt, dass die Maßnahme Sportpark Ost, auch im Zusammenhang mit dem Großspielfeld, unglücklich gelaufen sei. Eventuell müsse dieses Projekt neu aufgestellt werden, meint er. Ihm gehe es auch um die Folgejahre. Er fordert künftig andere Fördersätze.

300.000 Euro sollten aus dem Haushalt herausgenommen werden, meint Stadtrat **Meyer**. Zum Funktionsgebäude gebe es noch viele ungeklärte Fragen und könne 2024 nicht umgesetzt werden.

Stadtrat **Eisele** geht mit einer Verschiebung mit, jedoch nicht für die Folgejahre.

Nach Aussprache stellt OBM **Dr. Knecht** o.g. Beschlussvorschlag zur Abstimmung. Da über die Förderrichtlinien noch beraten werden soll (vgl. Beratungsverlauf Tagesordnungspunkt 1.32), wird der Aspekt der „Halbierung in den Folgejahren“ nicht zur Abstimmung gestellt.

Der **Leiter** des Fachbereiches Finanzen teilt mit, dass für die Sporthalle Oststadt ein Zuschuss aus dem KFW-Programm in Höhe von 250.000 Euro zu erwarten sei und in die Finanzplanung eingestellt werde.

**Abstimmungsergebnis:**

Es findet keine Abstimmung statt.

**Beratungsverlauf:**

Die Stadtverwaltung versuche, die Vereine proaktiv zu beraten, führt BM **Mannl** aus. Er schlägt vor, den Antrag an WIN LB zu verweisen.

Für die antragstellende CDU-Fraktion erläutert Stadtrat **Herrmann** den Antrag. Neben der Verweisung an WIN LB solle das Thema im zuständigen Ausschuss bis spätestens 30.09.2024 beraten werden.

Mit der von Stadtrat **Herrmann** vorgeschlagenen Vorgehensweise erklärt sich das Gremium einverstanden.

**Abstimmungsergebnis:**

Es findet keine Abstimmung statt.

**Beratungsverlauf:**

BM **Mannl** geht auf das Thema ein und erläutert bereits umgesetzte Maßnahmen und Kampagnen. Die Sensibilisierung solle fortgesetzt werden. Gegenseitige Rücksichtnahme und Barrierefreiheit im öffentlichen Raum sei ein hohes Gut.

Stadträtin **Kainz** merkt an, dass die bisherigen Maßnahmen noch nicht weitreichend genug seien.

Rücksichtslosigkeit nehme zu, sagt Stadträtin **Dr. Knoß**. Man habe ein Flächenverteilungsproblem. Maßnahmen für Radfahrende seien durch die Flächenneuverteilung häufig auch zum Vorteil für Fußgänger.

Stadtrat **Meyer** sympathisiert mit dem Antrag. Radfahrende müssen sanktioniert werden, fordert er. E-Roller müssen ebenso mitgedacht und Sanktionen aufgelegt werden.

Radfahrende halten sich teilweise nicht an die Regeln, sagt Stadträtin **Knecht**. Hier müsse vermehrt aufgeklärt werden.

Stadtrat **Dengel** weist darauf hin, dass rücksichtsloses Verhalten nichts mit mangelnder Verkehrsfläche zu tun habe.

Auf Vorschlag von OBM **Dr. Knecht** ist sich das Gremium einig, dass das Thema in den Mobilitäts- und Umweltausschuss verwiesen wird.

Die Antragstellerin erklärt sich mit dieser Vorgehensweise einverstanden und dankt für die Unterstützung.

TOP 1.12	E-Ladesäulen im Stadtgebiet - Haushaltsantrag der CDU-Fraktion vom 22.11.2023	Vorl.Nr. 361/23
----------	-------------------------------------------------------------------------------------	-----------------

---

#### **Abstimmungsergebnis:**

Es findet keine Abstimmung statt.

#### **Beratungsverlauf:**

Stadtrat **Herrmann** erläutert für die antragstellende CDU-Fraktion den Antrag.

BM **Mannl** führt aus, die Planungen und der aktuelle Stand zum Ausbau und der Verfügbarkeit der Ladeinfrastruktur werden zusammen mit den Stadtwerken routinemäßig im Mobilitäts- und Umweltausschuss vorgestellt. Der nächste Bericht solle im März/April 2024 im Mobilitäts- und Umweltausschuss erfolgen.

Das Gremium und der Antragsteller erklären sich mit dieser Vorgehensweise einverstanden.

TOP 1.13	Radwegebau - Haushaltsantrag der SPD- Fraktion vom 21.11.2023	Vorl.Nr. 354/23
----------	------------------------------------------------------------------	-----------------

---

#### **Abstimmungsergebnis:**

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Antrag wird mit 32 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 3 Enthaltungen einstimmig angenommen.

Nicht anwesend: - Stadtrat Bauer  
- Stadtrat Dengel  
- Stadtrat Dogan  
- Stadträtin Knecht  
- Stadtrat Lutz  
- Stadträtin Seyfang

### **Beratungsverlauf:**

OBM **Dr. Knecht** ruft den Antrag Vorlage Nr. 354/23 auf.

Man stehe mit Firma Mauk hinsichtlich des Feldweges in Kontakt, teilt BM **Mannl** mit. Die Maßnahme sei nicht kostenneutral, trotz einer Kostenteilung. Man nehme 50.000 Euro als Startkapital und die Restsumme wolle man aus dem Feldwegeprogramm finanzieren.

Für die antragstellende SPD-Fraktion erläutert Stadträtin **Liepins** den Antrag. Der Weg sei in einem katastrophalen Zustand und werde seit Jahren vom Stadteilausschuss moniert. Dieser Feldweg werde ebenso von andienenden LKWs befahren. Sie gehe davon aus, dass diese Maßnahme nicht aus dem Feldwegeprogramm finanziert werden könne. Sie wünscht eine zeitnahe Information im Ausschuss.

Die Maßnahme sei nicht prioritär, sagt BM **Mannl** hinsichtlich der Haushaltslage. Die Verkehrssicherheit sei gegeben.

Stadträtin **Dr. Knoß** unterstreicht die Dringlichkeit.

Stadtrat **Link** stimmt den Vorrednerinnen zu. Er fordert ein beleuchtetes Schild mit „Ende des Radweges“.

Der Weg sei in einem desolaten Zustand, merkt Stadtrat **Heer** an. Es gebe einen dringenden Handlungsbedarf.

Der Weg diene ebenso dem Schleichverkehr, sagt Stadtrat **Raasch**. Ein Radweg solle deshalb explizit ausgewiesen werden. Er bezweifelt eine großzügige Kostenbeteiligung der ansässigen Firma.

Schleichverkehr könne durch die Möglichkeit zur Andienung und Kundenzufahrt nicht verhindert werden, sagt Stadträtin **Liepins**. Sie plädiert für eine gemeinsame Lösung mit der ansässigen Firma und wünscht Berichterstattung im Ausschuss. Über den Antrag solle heute abgestimmt werden.

Nach Aussprache lässt OBM **Dr. Knecht** über den Antrag abstimmen.

**Beschluss:**

Für kleinere Maßnahmen beim Radverkehr werden 250.000 € vom planenden Fachbereich Nachhaltige Mobilität in den ausführenden Fachbereich Tiefbau und Grünflächen umgeschichtet.

**Abstimmungsergebnis:**

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 28 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 8 Enthaltungen einstimmig gefasst.

Nicht anwesend: Stadtrat Bauer  
Stadtrat Dogan  
Stadtrat Lutz  
Stadtrat Maier  
Stadträtin Seyfang

**Beratungsverlauf:**

OBM **Dr. Knecht** ruft den Antrag Vorlage Nr. 369/23 auf.

BM **Mannl** teilt mit, durch eine interne Umverteilung innerhalb des Dezernats von Haushaltsmitteln könnten die angedachten Maßnahmen umgesetzt werden.

Stadträtin **Dr. Knoß** erläutert den Antrag. Kleine Dinge können eine Erleichterung schaffen. Sie lobt die Verwaltung für den Finanzierungsvorschlag.

Die Sicherheit der Radfahrenden und Radwegeverbesserung in der Weststadt sei wichtig, sagt Stadtrat **Weiss** und unterstützt den Antrag.

Auch Stadtrat **Klotz** steht dem Antrag positiv gegenüber, wundert sich jedoch über die Finanzierungsmöglichkeit. Kleine Maßnahmen müssten über den Bauunterhalt finanziert werden. Seine Fraktion werde sich vermutlich enthalten.

Zum Teil seien die Maßnahmen investiv, meint Stadtrat **Dr. O'Sullivan** und unterstützt grundsätzlich den Antrag. Einer Erhöhung der Gesamtausgaben könne er jedoch nicht zustimmen, einer Umschichtung schon.

Kleineren Maßnahmen, die der Sicherheit dienen, werde sie unterstützen, sagt Stadträtin **Knecht**. Man solle weniger planen, da dies hohe Kosten verursache.

Kleine Maßnahmen mit großer Effizienz sollen umgesetzt werden, merkt Stadtrat **Zeltwanger** an. Jedoch fordert er eine konkrete Angabe zu den Maßnahmen, die aufgrund der Umverteilung nicht gemacht werden können.

Die Umschichtung erfolge aus dem Budget des Planungsbereiches in den ausführenden Fachbereich, antwortet BM **Mannl**. Man müsse zwischen investiven und konsumtiven Kosten unterscheiden.

Stadträtin **Liepins** weist nochmals darauf hin, dass die Finanzierung über eine Umschichtung und nicht zusätzlich erfolge.

Nach dieser Aussprache stellt OBM **Dr. Knecht** o.g. Beschlussvorschlag zur Abstimmung.

Der Antrag ist damit erledigt.

TOP 1.15	Erhaltung und Pflege alter Stadtbäume - Haushaltsantrag der LUBU-Stadträtin vom 20.11.2023	Vorl.Nr. 348/23
----------	--------------------------------------------------------------------------------------------------	-----------------

---

### **Abstimmungsergebnis:**

Es findet keine Abstimmung statt.

### **Beratungsverlauf:**

BM **Mannl** erläutert die standardmäßige Pflege. Die Bewässerung sei ab einem gewissen Alter nicht mehr vorgesehen und würde Mehrkosten in Höhe von etwa 1,2 Millionen Euro mit sich bringen. In dieser Summe seien die Kosten für den Wasserverbrauch noch nicht einkalkuliert.

Stadträtin **Kainz** geht auf den Antrag ein. Es gehe ebenso um Gießpatenschaften, Baumscheibenbepflanzung und Durchlüftung.

Der Antrag solle nicht auf die Bewässerung reduziert werden, sagt Stadtrat **Handel**. Er fordert ein Gesamtkonzept zum Schutz älterer Bäume mit Vergrößerung der Baumbeete, Wasserbindungen und Entsiegelung in der Stadt. Er dankt der Antragstellerin.

Stadtrat **Haag** geht auf die eingestellten Mittel für Baumpflege im Verhältnis zu den Vorjahren ein.

Stadtrat **Link** nennt negative Beispiele der Baumpflege im Stadtgebiet.

Stadträtin **Knecht** spricht die smarte Bewässerung anderer Kommunen an.

Die Bäume sollen erhalten bleiben, jedoch ohne Mehrkosten für den Haushalt, sagt Stadtrat **Zeltwanger**. Auf Dauer solle die Wasserhaltung verbessert werden.

BM **Mannl** teilt mit, dass das Thema gerne nochmals im Mobilitäts- und Umweltausschuss berichtet werden könne.

Mit dieser Vorgehensweise erklärt sich das Gremium und die Antragstellerin einverstanden.

TOP 1.16

Erbpacht Fuchshof - Haushaltsantrag der  
Gruppierung Die Linke vom 22.11.2024

Vorl.Nr. 386/23

---

### **Abstimmungsergebnis:**

Es findet keine Abstimmung statt.

### **Beratungsverlauf:**

OBM **Dr. Knecht** ruft den Antrag Vorlage Nr. 386/23 auf.

BMin **Schwarz** führt aus, das Vermarktungskonzept Fuchshof werde dem Gemeinderat im Jahr 2024 zum Beschluss vorgelegt und im Bauausschuss vorberaten.

Stadträtin **Liepins** bittet darum, in diesen Zusammenhang auch einen bisher unbearbeiteten Antrag der SPD-Fraktion zum Haushalt 2019, Entwicklung neuer und alter wohnungspolitischer Instrumente, aufzurufen. Dies sichert BMin **Schwarz** zu.

Grundsätzlich könne das Erbbaurecht ein Mittel sein, meint Stadtrat **Braumann**, insbesondere wenn die Grundstücke und Gebäude von städtebaulicher Relevanz seien. Beim Fuchshof sei die Stadt bereits in den Grunderwerb eingestiegen und benötige die Erlöse. Seine Fraktion könne mit dem Antrag nicht mitgehen. Dieses Thema solle im Zusammenhang mit den Grundsätzen der Wohnungs- und Bodenpolitik beraten werden.

Nach dieser Aussprache zeigen sich das Gremium und der Antragsteller, Stadtrat **Müller**, mit einer Verweisung des Antrags in den Bauausschuss einverstanden.

TOP 1.17

Flächenerwerb für Energie - Haushaltsantrag  
der Fraktion Bündnis90/Die Grünen vom  
22.11.2023

Vorl.Nr. 371/23

---

### **Abstimmungsergebnis:**

Es findet keine Abstimmung statt.

## **Beratungsverlauf:**

BMin **Schwarz** verweist im Zusammenhang mit der Beratung des Antrags Vorlage Nr. 371/23 auf die Beratung zur kommunalen Wärmeplanung in der kommenden Sitzung des Gemeinderats am 19.12.2023.

Weiter verweist sie darauf, dass Stadt und Stadtwerke in den nächsten Jahren hunderte Millionen Euro in den Ausbau erneuerbarer Energien, Sanierung und Neubau, investieren. Daher seien weitere finanzielle Mittel dafür nicht notwendig.

Im Namen der antragstellenden Fraktion teilt Stadtrat **Sorg** mit, für seine Fraktion sei es in Ordnung, wenn signalisiert werde, dass bei Bedarf in finanzieller Hinsicht reagiert werden könne. Mit wertvollen Ackerflächen für die Nahrungsmittelproduktion für den Menschen müsse behutsam umgegangen werden. Man müsse die Flächen, die bereits heute der Energiegewinnung dienen, insbesondere Vermaischung, genau betrachten. Effizienter sei diese Flächen mit Solarthermie oder PV zu bestücken. Naturverträglichkeit und Biodiversität solle mitgedacht werden.

Freiflächen müssen auch für die Landwirtschaft freigehalten werden, sagt Stadtrat **Weiss**. Vorrangig sollten Dächer bestückt werden.

OBM **Dr. Knecht** stellt fest, dass sich der Antrag erledigt habe. Auf Ludwigsburger Gemarkung gebe es eine Fläche mit 160.000 Quadratmetern, merkt er an.

TOP 1.18

Gewerbeflächen - Haushaltsantrag der FDP-Fraktion vom 22.11.2023

Vorl.Nr. 382/23

---

## **Abstimmungsergebnis:**

Es findet keine Abstimmung statt.

## **Beratungsverlauf:**

BMin **Schwarz** führt aus, im Rahmen der räumlichen Perspektive werden bereits mögliche Potenzialflächen für neue Gebietsausweisungen bearbeitet. Ein Gewerbeflächenentwicklungskonzept werde ebenfalls erarbeitet. Das Konzept solle bis spätestens 30.09.2024 vorgestellt werden.

Im Namen der antragstellenden FDP-Fraktion erläutert Stadtrat **Eisele** den Antrag. Die Gewerbesteuererinnahmen könnten durch weitere Gewerbesteuerzahler erhöht werden.

OBM **Dr. Knecht** teilt mit, dass die vorhandenen Flächen sehr gefragt seien und es neue Entwicklungen gebe.

Das Gremium und der Antragsteller erklären sich mit der angedachten Vorgehensweise einverstanden.

**Abstimmungsergebnis:**

Es findet keine Abstimmung statt.

**Beratungsverlauf:**

BMin **Schwarz** führt aus, aus Sicht der Stadtverwaltung sei der Gestaltungsbeirat weiterhin sinnvoll und ein effizientes Gremium. Das Thema solle im Rahmen von WIN LB beraten werden.

Im Namen der antragstellenden FDP-Fraktion erläutert Stadtrat **Haag** den Antrag.

Stadtrat **Braumann** spricht sich für dieses wichtige und kooperative Instrument aus. Die Beratung solle im Bauausschuss erfolgen.

Stadtrat **Sorg** spricht sich ebenso am Festhalten des Gestaltungsbeirats aus.

Stadträtin **Liepins** rät von einer heutigen Entscheidung ab. Die weitere Vorgehensweise solle in Ruhe beraten werden.

Stadtrat **Zeltwanger** spricht von einem hilfreichen Gremium. Eine Verschlankung werde befürwortet. Die Gestaltung des öffentlichen Raums solle im Vordergrund stehen.

Die fachlichen Fragen werden im zuständigen Ausschuss beraten, fügt OBM **Dr. Knecht** hinzu. Der ständige Berichtsausschuss für WIN LB sei der Wirtschaftsausschuss.

Das Gremium und der Antragsteller erklären sich mit der vorgeschlagenen Vorgehensweise einverstanden.

**Abstimmungsergebnis:**

Es findet keine Abstimmung statt.

### **Beratungsverlauf:**

BMin **Schwarz** teilt mit, dass sich PV-Fassaden derzeit noch nicht in einer überschaubaren Zeit amortisieren. Für Bürgerfinanzierungsmodelle seien daher die Voraussetzungen noch ungünstig. SWLB und Stadt würden eng beim PV-Ausbau kooperieren und sich zunächst auf Dachflächen konzentrieren, die rentabel seien.

Antragstellerin Stadträtin **Kainz** teilt mit, ihr sei wichtig, dass an Bürgerfinanzierungsmodelle gedacht werde.

Der Antrag ist lt. Antragstellerin erledigt.

TOP 1.21	Planung von PV-Anlagen - Haushaltsantrag der Fraktion Bündnis90/Die Grünen vom 22.11.2023	Vorl.Nr. 367/23
----------	-------------------------------------------------------------------------------------------	-----------------

---

### **Abstimmungsergebnis:**

Es findet keine Abstimmung statt.

### **Beratungsverlauf:**

BMin **Schwarz** informiert, mit den Ermächtigungsüberträgen von 2023 für den PV-Ausbau an Gebäuden seien die Mittel für 2024, die die Verwaltung veranschlagt habe, auskömmlich.

Stadtrat **Sorg** stellt den Antrag seiner Fraktion vor.

BMin **Schwarz** teilt mit, gerne könne das Arbeitsprogramm für den PV-Ausbau baldmöglichst im Bauausschuss vorgestellt werden.

Stadträtin **Dr. Klünder** geht auf die Problematik bei der Durchführung aufgrund fehlenden Personals und Material ein.

Stadtrat **Weiss** verweist auf den letztjährigen Antrag seiner Fraktion zur Forderung einer Potentialanalyse. Er übt Kritik zur verstrichenen Zeitdauer.

Stadträtin **Knecht** bezweifelt die Nachhaltigkeit der Anlagen, nachdem momentan 86 Prozent chinesische Anlagen verbaut werden.

Stadträtin **Liepins** geht mit dem Vorschlag von BMin Schwarz hinsichtlich der Vorstellung im Bauausschuss mit.

Eine Potentialstudie liege zwischenzeitlich vor, so BMin **Schwarz**.

Nach dieser Aussprache erklären sich das Gremium und der Antragsteller mit der vorgeschlagenen Vorgehensweise einverstanden.

**Abstimmungsergebnis:**

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Antrag wird mit 6 Ja-Stimmen, 27 Nein-Stimmen und 4 Enthaltungen mehrheitlich abgelehnt.

Nicht anwesend: - Stadtrat Bauer  
- Stadtrat Dogan  
- Stadtrat Lutz  
- Stadträtin Seyfang

**Beratungsverlauf:**

Der **Leiter** des Fachbereichs Finanzen erläutert die Vor- und Nachteile einer Dividendenausschüttung.

Stadtrat **Weiss** erläutert im Namen der antragstellenden FW-Fraktion den Antrag Vorlage Nr. 385/23. Die WBL erreiche ihre Einnahmen zu 80 Prozent aus Bestand und Hausverwaltung. Die Bauträgertätigkeit darf bestimmte Grenzen nicht überschreiten und er fragt, ob diese existentiell sei. Dies würde er kritisch sehen. Beim Thema Sponsoring sehe er die Stadtwerke mehr gefordert als die WBL.

Man benötige dringend bezahlbaren Wohnraum, die Wohnungsbau leiste hier gute Arbeit und bereichere die Wohnlandschaft demnächst mit großen Quartieren, merkt Stadtrat **Handel** an. Durch fehlende Förderungen und fehlender Finanzierung durch den Verkauf von Wohnungen können nicht zudem Mittel abgezogen werden. Seine Fraktion werde dem Antrag nicht zustimmen.

Die Wohnungsbau leiste einen wichtigen Beitrag, sagt Stadtrat **Braumann** und geht auf die nächsten Projekte ein. Seine Fraktion werde ebenso den Antrag ablehnen.

Der Zeitpunkt für eine Ausschüttung sei momentan ungünstig, so Stadträtin **Liepins**. Ihre Fraktion werde auch nicht zustimmen.

Stadtrat **Haag** lobt das Sponsoring der Wohnungsbau und befürchtet sonst einen dortigen Rückgang.

Stadtrat **Dengel** stellt grundsätzlich eine Ausschüttung in den nächsten Jahren in Frage.

Nach dieser Aussprache lässt OBM **Dr. Knecht** über den Antrag abstimmen.

**Abstimmungsergebnis:**

Es findet keine Abstimmung statt.

**Beratungsverlauf:**

OBM **Dr. Knecht** und der **Leiter** des Fachbereichs Finanzen erläutern, der Kontrollaufwand sowie bürokratische Mehrarbeit einer Verpackungssteuer seien sehr hoch. Die Verwaltung schlage vor, zunächst abzuwarten, bis die Rechtslage final vom Bundesverfassungsgericht geklärt sei. Bisher gebe es für das Stadtgebiet keine Datenbank zur Anzahl der Gewerbebetriebe.

Stadtrat **Sorg** erläutert im Namen seiner Fraktion den Antrag. Eine saubere Stadt müsse das Ziel sein. Man wolle die Kreislaufwirtschaft stärken.

Eine Verpackungssteuer bringe viel Aufwand und hohe Ausgaben mit sich, so Stadtrat **Herrmann**. In Ludwigsburg werde bereits viel getan. Seine Fraktion werde den Antrag ablehnen.

Man wolle weniger Bürokratie, sagt Stadtrat **Maier**, und solle vorerst die Entwicklung in Tübingen abwarten.

Die richterliche Entscheidung solle abgewartet werden, merkt Stadtrat **Haag** an.

Teilweise dürfe in der Gastronomie keine Mehrwegverpackung über die Theke angenommen werden, darauf weist Stadtrat **Remmele** hin, vor allem aus hygienischen Gründen.

Stadtrat **Sorg** widerspricht dem Vorredner und zitiert das Verpackungsgesetz. Er wünscht eine Aussage der Verwaltung.

Auf Rückfrage von Stadtrat **Herrmann** an Stadtrat **Sorg**, ob sich damit auch der Antrag Vorlage Nr. 176/23 erledigt habe, teilt Stadtrat **Sorg** mit, dieser Antrag sei noch offen und damit noch zu beraten.

Nach dieser Aussprache schlägt OBM **Dr. Knecht** vor, das Thema im 1. Quartal 2024 im Wirtschaftsausschuss zu beraten.

Mit dieser Vorgehensweise erklären sich das Gremium und der Antragsteller einverstanden.

**Beratungsverlauf:**

Die **Leiterin** des Fachbereichs Organisation und Personal teilt mit, das Änderungsverzeichnis zum Stellenplan liege dem Gemeinderat in Form der Mitteilungsvorlage Nr. 308/23 vor. Dieses habe keine Auswirkungen auf die Personalkosten.

Auf Rückfrage von Stadtrat **Herrmann** teilt sie mit, abweichend vom bisherigen Stellenplanentwurf 2024 werden beim Fachbereich Feuerwehr und Bevölkerungsschutz zwei Stellen des mittleren Dienstes (A9) für das Haushaltsjahr 2024 mit einem Sperrvermerk versehen. Die Notwendigkeit könne auf die Schnelle nur bedingt beurteilt werden. Dieses Thema solle im zuständigen Ausschuss beraten werden.

EBMin **Schmetz** ergänzt, 4 Stellen bei der Feuerwehr seien für die Übernahme von Auszubildenden zum 01.04. vorgesehen. Für die weiteren zwei Stellen gehe sie mit einem Sperrvermerk mit.

Im Anschluss weist der **Leiter** des Fachbereiches Finanzen auf den beabsichtigten Deckungsvorschlag des Theatersommers hin (vgl. Beratung zu TOP 1.20 im Gemeinderat am Vortag 05.12.2023).

**Beratungsverlauf:**

BM **Mannl** gibt bekannt, in der nichtöffentlichen Sitzung des Gemeinderats am 22.11.2023 habe der Gemeinderat folgenden Beschluss gefasst: „Die LVL Jäger GmbH wird im Rahmen der dargestellten zweckgebundene Kosten mit einem Betrag von 250.000 € unterstützt.“ Es handle sich um eine Unterstützung der LVL für die Beschaffung neuer Bordrechner.

Nachdem der nichtöffentliche Teil entfällt, schließt OBM **Dr. Knecht** die Sitzung.